

Gemeinde Schondorf am Ammersee



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee

vom 17. Januar 2024

im Sitzungssaal des Rathauses Schondorf

Vorsitz:

2. Bürgermeister Martin Wagner

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:30 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden ist. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat Schondorf ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Bemerkung:

Thomas Betz
Michael Deininger
Andreas Ernst
Helga Gall
Rudi Hoffmann
Luzius Kloker
Franziska Königl
Sabine Pittroff
Wolfgang Schraml
Anna Wagenknecht
Tobias Widemann
Stefanie Windhausen-Grellmann

Anwesend ab TOP 2

Entschuldigt sind

Alexander Herrmann
Bettina Hölzle
Rainer Jünger
Simon Springer

Öffentliche Sitzung:

1. Bürgersprechstunde und
Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 20.12.2023, öffentlicher Teil
2. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung
3. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes
4. Antrag auf Verlängerung der Baugenehmigung; Errichtung eines
Wochenendhauses; Brunnenstraße 20a; FLNr. 172/3 Gem. Oberschondorf
5. Antrag auf Vorbescheid; Errichtung eines MFH mit TG und STPen; Landsberger
Straße 90; FLNr. 1002/3 Gem. Oberschondorf
6. Antrag auf Vorbescheid; Neubau eines EFH + Garage; Buchenweg 13; FLNr. 308/3
Gem. Oberschondorf
7. Antrag auf Baugenehmigung; Errichtung eines Einfamilienhauses und Garage;
Blombergstraße 8; FLNr. 952+953 Gem. Oberschondorf
8. Antrag auf Baugenehmigung; Neubau eines EFH mit ELW + Abriss Garage Neubau
Doppelgarage; Sonnenleite 8; FLNr. 332 Gem. Unterschondorf
9. Grundschule Schondorf - Fassadensanierung Innenhof und Sonnenschutz
10. Auswertung der Verkehrserfassung vom 16.10. - 23.10.2023 in Blombergstraße in
Schondorf am Ammersee
11. Zuschussantrag Malteser Hilfsdienst e.V. zu den laufenden Kosten aus dem Jahr
2023
12. Zuschussantrag Blasmusikorchester Schondorf
13. Bericht über den Sitzungsvollzug der vorletzten und letzten
Gemeinderatssitzungen, öffentlicher Teil
14. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Öffentliche Sitzung

1. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 20.12.2023, öffentlicher Teil

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift vom 20.12.2023, öffentlicher Teil, wird vollinhaltlich anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
12	12	11	0

Hinweis:

Frau Wagenknecht enthält sich einer Stimmabgabe wegen damaliger Abwesenheit.

2. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung

keine

3. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes

keine

4. Antrag auf Verlängerung der Baugenehmigung; Errichtung eines Wochenendhauses; Brunnenstraße 20a; FLNr. 172/3 Gem. Oberschondorf

Sachverhalt:

Die Bauherrin beantragt eine Verlängerung der ursprünglich am 05.03.2015 erteilten Baugenehmigung. Es ist anzumerken, dass die reguläre Frist für die Verlängerung nach einer Laufzeit von 4 Jahren (Art. 69 Abs. 1 BayBO) abgelaufen wäre.

Allerdings stellt sich der Sachverhalt insofern dar, dass der Bauherrin die Baugenehmigung erst am 19.12.2019 seitens des gemeindlichen Bauamtes gegen Unterschrift ausgehändigt wurde. Es kommt in diesem Fall auf das genaue Datum der Zustellung bzw. den Übergang in den Machtbereich des Empfängers an (Art. 41 Abs. 1 BayVwVfG).

Dies ist lt. Antragstellerin nicht erfolgt und somit kann die mit der verbundenen Rechtskraft beginnende Frist (3-Tages-Fiktion) nicht herangezogen werden.

Grundsätzlich liegt in einem solchen Fall die Beweislast der Zustellung auf Seiten der Behörde (Art. 41 Abs. 2 Satz 3 BayVwVfG).

Da dieser Nachweis aber lediglich ab dem 19.12.2019 erbracht werden kann, ist der verzögerte bzw. abweichende Ablauf der 4-Jahres-Frist mit einem Zugang des Verlängerungsantrags am 12.12.2023 noch eingehalten und seitens der Antragstellerin statthaft.

Um die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens wird gebeten.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen nach § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

5. Antrag auf Vorbescheid; Errichtung eines MFH mit TG und STPen; Landsberger Straße 90; FlNr. 1002/3 Gem. Oberschondorf

Sachverhalt:

Baurechtliche Einordnung:	§ 34 BauGB Baugebiet gem. BauNVO: MD	Flächenberechnung:	<u>Grundfläche:</u> <u>Grundflächenzahl:</u> <u>Geschossfläche:</u> <u>Geschossflächenzahl:</u>
Dachform: Dachneigung:	Satteldach 33°	Vollgeschosse: Firsthöhe:	10,60 m
Abweichungen/Befreiungen:	nein	Stellplätze:	
Örtliche Bauvorschriften:	ja		

Der Bauherr plant die Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit einer Tiefgarage und Stellplätzen.

Das Bauvorhaben liegt nicht innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes und ist vor diesem Hintergrund als unbeplanter Innenbereich gemäß § 34 BauGB zu beurteilen.

Das Bauvorhaben ist im Flächennutzungsplan nach den Maßgaben des § 5 BauNVO dem Dorfgebiet zuzuordnen.

Die Überbauungsbeschränkungen auf dem Grundstück werden durch den oberirdischen Hauptbaukörper nicht berührt.

Die geplante Tiefgarage ist als unterirdische bauliche Anlage im westlichen, als Grünfläche ausgewiesenen Bereich skizziert. Nach Ansicht des Landratsamtes Landsberg müsste hier ggf. noch einmal bauordnungsrechtlich der exakte Beginn des Außenbereiches im Rahmen einer bauordnungsrechtlichen Prüfung im LRA beurteilt werden.

Des Weiteren ist anzunehmen, dass die Lage der geplanten Tiefgaragenrampe bzw. Zufahrt im südlichen Teil des Flurstückes zumindest teilweise deckungsgleich mit der Lage der Sicherungshypothek zur Herstellung eines Straßenkörpers aus dem Jahr 1949 ist. Der Erhalt dieser urkundlichen Eintragung zu Gunsten der Gemeinde Schondorf wurde zuletzt in der öffentlichen Sitzung vom 31.05.2023 bekräftigt.

Es ist darüber zu beraten, ob das geplante Bauvorhaben sich sowohl hinsichtlich seiner Grundfläche und Höhenentwicklung sowie auch in Bezug auf die umgebende Bebauung einfügt.

Dem Vorbescheid sind Fragen beigelegt:

1. Ist die geplante Grundfläche von ca. 295 m² bauplanungsrechtlich zulässig?
2. Ist die geplante Lage des Baukörpers bauplanungsrechtlich zulässig?
3. Ist die geplante Wandhöhe des Baukörpers von ca. 6,90 m bis 7,55 m bei Einhaltung der Abstandsflächen bauplanungsrechtlich zulässig (Gelände ist im Gefälle)?
4. Ist die geplante Lage der Tiefgarage bauplanungsrechtlich zulässig?
5. Ist die geplante Lage der Tiefgaragenrampe bauplanungsrechtlich zulässig?
6. Ist die geplante Größe der Tiefgaragenrampe bauplanungsrechtlich zulässig?

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt werden soll.

Beschluss:

Ist die geplante Grundfläche von ca. 295 m² bauplanungsrechtlich zulässig?

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	0	13

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Ist die geplante Lage des Baukörpers bauplanungsrechtlich zulässig?

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	0	13

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Ist die geplante Wandhöhe des Baukörpers von ca. 6,90 m bis 7,55 m bei Einhaltung der Abstandsflächen bauplanungsrechtlich zulässig (Gelände ist im Gefälle)?

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	3	10

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Ist die geplante Lage der Tiefgarage bauplanungsrechtlich zulässig (Grünfläche angrenzend zum Außenbereich)?

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	0	13

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Ist die geplante Lage der Tiefgaragenrampe bauplanungsrechtlich zulässig?

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	0	13

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Ist die geplante Größe der Tiefgaragenrampe bauplanungsrechtlich zulässig?

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	1	12

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend
13

Stimmberechtigt
13

JA
0

NEIN
13

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

**6. Antrag auf Vorbescheid; Neubau eines EFH + Garage; Buchenweg 13; FlNr. 308/3
Gem. Oberschondorf**

Sachverhalt:

Baurechtliche Einordnung:	§ 34 BauGB Baugebiet gem. BauNVO: WA	Flächenberechnung:	<u>Grundfläche:</u> <u>Grundflächenzahl:</u> <u>Geschossfläche:</u> <u>Geschossflächenzahl:</u>
Dachform: Dachneigung:	Zeltdach (gem. Skizze) 25°	Vollgeschosse: Firsthöhe:	2+D
Abweichungen/Befreiungen:	nein	Stellplätze:	2
Örtliche Bauvorschriften:	ja	Erschließung gesichert:	ja

Der Bauherr plant die Errichtung eines Einfamilienhauses (freistehend) und einer Garage in Grenzbebauung.

Das Bauvorhaben liegt nicht innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes und ist vor diesem Hintergrund als unbeplanter Innenbereich gemäß § 34 BauGB zu beurteilen.

Das Bauvorhaben ist im Flächennutzungsplan nach den Maßgaben des § 1 Abs. 1 BauNVO der Wohnbaufläche zuzuordnen.

Es ist darüber zu beraten, ob das geplante Bauvorhaben sich sowohl hinsichtlich seiner Grundfläche und Höhenentwicklung sowie auch in Bezug auf die umgebende Bebauung einfügt.

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt werden soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend
13

Stimmberechtigt
13

JA
13

NEIN
0

7. Antrag auf Baugenehmigung; Errichtung eines Einfamilienhauses und Garage; Blombergstraße 8; FlNr. 952+953 Gem. Oberschondorf

Sachverhalt:

Baurechtliche Einordnung:	§ 34 BauGB Baugebiet gem. BauNVO: MD	Flächenberechnung:	<u>Grundfläche:</u> 141,31 m ² <u>Grundflächenzahl:</u> 0,37 <u>Geschossfläche:</u> 204 m ² <u>Geschossflächenzahl:</u> 0,29
Dachform: Dachneigung:	Satteldach 45°	Vollgeschosse: Firsthöhe:	9,65 m
Abweichungen/Befreiungen:	nein	Stellplätze:	2
Örtliche Bauvorschriften:	ja	Erschließung gesichert:	ja

Der Bauherr plant die Errichtung eines Einfamilienhauses und einer Garage in Holzbauweise.

Das Bauvorhaben liegt nicht innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes und ist vor diesem Hintergrund als unbeplanter Innenbereich gemäß § 34 BauGB zu beurteilen.

Das Bauvorhaben ist im Flächennutzungsplan nach den Maßgaben des § 17 BauNVO dem Dorfgebiet (MD) zuzuordnen.

Das Bauvorhaben wurde bereits in der Sitzung vom 12.06.2023 als Vorbescheid behandelt und erhielt das gemeindliche Einvernehmen nicht. Der Bauherr hat sein Vorhaben daraufhin in Rücksprache mit dem Landratsamt in den bemängelten Punkten überarbeitet:

- First- und Traufhöhe orientieren sich an dem vorgegebenen Referenzgebäude (Blombergstraße 7 + 7a)
- Die Dachneigung wurde von 50° auf 45° reduziert
- Die Aufschüttung konnte u. a. durch Verschiebung des Baukörpers gen Süden von 1,50 m auf ca. 50 cm reduziert werden (das Gebäude sitzt westlich im Gelände, östlich leicht erhöht)

Es ist darüber zu beraten, ob das geplante Bauvorhaben sich sowohl hinsichtlich seiner Grundfläche und Höhenentwicklung sowie auch in Bezug auf die umgebende Bebauung einfügt.

Die vorliegende Abstandsflächenübernahmethematik auf eigenen Flächen, de facto im Außenbereich liegend wurde mit dem Landratsamt Landsberg vorbesprochen und erscheint der Bauaufsichtsbehörde bauordnungsrechtlich zulässig.

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt werden soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend
13

Stimmberechtigt
13

JA
12

NEIN
1

8. Antrag auf Baugenehmigung; Neubau eines EFH mit ELW + Abriss Garage Neubau Doppelgarage; Sonnenleite 8; FlNr. 332 Gem. Unterschondorf

Sachverhalt:

Baurechtliche Einordnung:	§ 30 Abs. 1 BauGB Bebauungsplan „Kirchberg-Süd“ Baugebiet gem. BauNVO: W	Flächenberechnung:	<u>Grundfläche:</u> 99,94 m ² <u>Grundflächenzahl:</u> 0,11 <u>Geschossfläche:</u> 199,88 m ² <u>Geschossflächenzahl:</u> 0,22
Dachform: Dachneigung:	Satteldach	Vollgeschosse: Firsthöhe:	4,53 m
Abweichungen/Befreiungen:	ja	Stellplätze:	3
Örtliche Bauvorschriften:	ja	Erschließung gesichert:	ja

Der Bauherr plant den Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung. Des Weiteren soll eine Bestandgarage auf dem Grundstück abgerissen und als Doppelgarage neu errichtet werden.

Die Baueingabe wurde im Herbst dieses Jahres bereits schon einmal als Antrag auf Vorlage im Genehmigungsfreistellungsverfahren eingereicht. Die aktuelle, zu behandelnde Baueingabe enthält allerdings neue Bestandteile, welche von den Festsetzungen der Bebauungsplanung abweichen (siehe unten). Somit ist ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen.

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplans „Kirchberg-Süd“. Es sind Befreiungen und Ausnahmen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes beantragt.

Diese betreffen:

Befreiung von Festsetzung § 8.1 – Materialien: Als Dacheindeckung sind nur rote Dachsteine zulässig. Die Bauherren möchten im Zuge der Errichtung einer PV-Anlage ein schwarzes Tonsteindach realisieren, da die Dacheindeckung hierdurch farblich harmonisiert werden kann.

Befreiung von Festsetzung § 10.3 – Garagen und Stellplätze: Für die bauliche Gestaltung von Garagen und Nebenanlagen gelten die für Hauptgebäude erlassenen Gestaltungsfestsetzungen sinngemäß. Die Dachausbildung und die Dachneigung sind an das Hauptgebäude anzupassen. Die Bauherren möchten ein begrüntes Flachdach errichten.

Ausnahme von Festsetzung § 7.1 – Bauliche Gestaltung: Gebäudeanbauten aus Glas (Veranden, Wintergärten) sind innerhalb der Baugrenzen allgemein zulässig;

Überschreitungen des Bauraumes um bis zu 10 qm können dabei ausnahmsweise zugelassen werden, wenn die erforderlichen Abstandsflächen eingehalten werden. Die Bauherren bitten um eine Ausnahme zur Überschreitung des Bauraumes und insgesamt 9,94 m².

Das Bauvorhaben ist nach den Maßgaben des § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO der Wohnbaufläche (W) zuzuordnen und unterschreitet mit seiner Grund- und Geschossflächenzahl die im Bebauungsplan festgelegten Orientierungswerte.

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB; ferner ob die Befreiungen und die Ausnahme erteilt werden sollen.

Diskussionsverlauf:

Die Wandhöhen der Garagen sollen noch einmal geprüft werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans hinsichtlich § 8.1 – Materialien (Farbe der Dachziegel) zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	6	7

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans hinsichtlich § 10.3 – Garagen und Stellplätze (begrüntes Flachdach) zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	4	9

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer Ausnahme von den Festsetzungen des Bebauungsplans hinsichtlich § 7.1 – Bauliche Gestaltung (Überschreitung des Bauraumes um 9,94 qm) zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	8	5

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	3	10

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

9. Grundschule Schondorf - Fassadensanierung Innenhof und Sonnenschutz

Sachverhalt:

Die bestehende Innenhoffassade des Neubaus der Grundschule in Schondorf muss erneuert werden: die vorgesetzten Wärmedämmverbundplatten „schüsseln“, lösen sich vom Untergrund ab, die Stoßfugen sind aufgerissen und es besteht zunehmend Gefahr durch ggf. herabfallende Styroporplatten (Der Hausmeister der Grundschule trägt hier bereits Sorge, dass lose Platten und Verkleidungen abgenommen werden.).





Das Büro Sunder-Plassmann, das ursprünglich den Neubau errichtet hatte (und das Urheberrecht besitzt), wurde von der Verwaltung angefragt, eine Vorplanung mit Kostenschätzung zur Erneuerung der vorgehängten Fassadenelemente und ggf. auch einen Vorschlag zu einem alternativen Fassadensystem zu entwickeln.

Da für die Fassadenerneuerung u.a. ein Gerüst notwendig wird, soll zudem der Sonnenschutz überplant werden und in diesem Zuge mit erneuert werden.

Für die Vorplanung inkl. Kostenschätzung von Fassade und Sonnenschutz liegt ein Angebot des Architekturbüros Sunder-Plassmann vom 08.01.2024 auf Stundenbasis vor:

- ca. 10h á 120,-€ netto für Architektenleistungen
- ca. 10h á 85,-€ netto für Sekretariatsarbeiten

- Es ist mit Gesamtkosten in Höhe von ca. 2.500,-€ brutto zu rechnen.

Zusätzlich unterstützt die Firma Schindele Stuckarbeiten aus Friesenried das Architekturbüro Sunder-Plassmann bei der Materialfindung und der zugehörigen Kostenschätzung. Auch hier fallen Regiestunden an, sollte die Firma bei der Auftragsvergabe (die Leistungen müssen ausgeschrieben werden) nicht berücksichtigt werden.

Es ist hierfür laut mündlichem Angebot vom 09.01.2024 mit Kosten in Höhe von ca. 10h á 61,50€ netto zu rechnen,

- also Gesamtkosten in Höhe von ca. 750,-€ brutto sollte der Auftrag anderweitig vergeben werden.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Derzeit befindet sich die Gemeinde in der haushaltslosen Zeit. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe. Die Ausgabe wird im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt. Da es sich um

eine Pflichtaufgabe und um eine Bestandserhaltung handelt, kann eine Vergabe auch in der haushaltslosen Zeit erfolgen.

Diskussionsverlauf:

Fr. Windhausen hat Zweifel, ob das Architekturbüro das richtige ist, hinsichtlich des Sonnensegels, denn hier muss die Beschattung im Vordergrund stehen und nicht optische Gedanken. Die Beschattung soll hinsichtlich der bestehenden und zukünftigen Klimaerwärmung hohe Priorität haben.

Beschluss:

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beschließt zunächst einen Gutachter einzuschalten, der klären soll, ob bei der schadhafte Fassade ein versteckter Mangel oder ein Planungsmangel vorliegt. Vor der Beauftragung müssen Kostenangebote für den Gutachter eingeholt und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	12	1

10. Auswertung der Verkehrserfassung vom 16.10. - 23.10.2023 in Blombergstraße in Schondorf am Ammersee

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 23.08.2023 beschlossen, in der Blombergstraße eine temporäre Topo-Box aufstellen zu lassen, um die Verkehrssituation zu überprüfen.

Die Box wurde vom 16.10.2023 – 23.10.2023 aufgestellt und im Anschluss daran vom ZV Kommunale Dienste Oberland ausgewertet.

Die Auswertung ergab bei 733 Durchfahrten insgesamt 1 Verstoß

Im Zeitraum vom 16.10.2023 bis 23.10.2023 erfolgte in der Gemeinde Schondorf am Ammersee eine Verkehrserfassung mit dem System TOPO der Firma RTB.

Bei der Auswertung werden alle Fahrzeuge als Verstoß gewertet, die die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h um mehr als 9 km/h überschritten haben. Die Toleranzwerte wurden bereits berücksichtigt.

Auszug aus der Ergänzenden Weisung zur Richtlinie für die polizeiliche Verkehrsüberwachung:

„Verbleibt nach Abzug der Verkehrsfehlergrenze (3 km/h) eine Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 5 km/h, so ist sie als unbedeutender Verstoß zu werten. Von der Verfolgung ist in der Regel abzusehen. Außerhalb geschlossener Ortschaften sollte eine Geschwindigkeitsüberschreitung bis einschließlich 10 km/h als unbedeutend gewertet werden.“

Verkehrszählung: Messergebnisse

	Gesamtzahl der Durchfahrten	Beanstandungsquote	Fahrzeuge/h	Verstöße/h
16.10.2023	86	0,00 %	6,36	0,00
17.10.2023	101	0,00 %	6,73	0,00
18.10.2023	114	0,00 %	4,92	0,00
19.10.2023	105	0,00 %	6,33	0,00
20.10.2023	138	0,72 %	8,02	0,06
21.10.2023	76	0,00 %	4,81	0,00
22.10.2023	73	0,00 %	3,19	0,00
23.10.2023	40	0,00 %	4,19	0,00
Gesamtergebnis	733	0,14 %	4,36	0,01

Rechtliche Würdigung:

Verkehrszählung: potenzielle Verstöße

	16.10.2023	17.10.2023	18.10.2023	19.10.2023	20.10.2023	21.10.2023	22.10.2023	23.10.2023	Gesamtergebnis
06 - 10 km/h						1			1
Gesamtergebnis	0	0	0	0	1	0	0	0	1

Beschluss:

Aufgrund des Ergebnisses der Auswertung der Topo-Box werden seitens der Verwaltung keine Maßnahme zur Geschwindigkeitsreduzierung vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend

13

Stimmberechtigt

13

JA

13

NEIN

0

11. Zuschussantrag Malteser Hilfsdienst e.V. zu den laufenden Kosten aus dem Jahr 2023

Sachverhalt:

Der Malteser Hilfsdienst e.V. beantragt für das Jahr 2023 einen Zuschuss zu den laufenden Kosten in Höhe von 0,60 € pro Einwohner.

In Jahr 2019 wurden 0,20 € pro Einwohner/in,
im Jahr 2020 0,25 € pro Einwohner/in,
im Jahr 2021 0,25 € pro Einwohner/in,
im Jahr 2022 wurde kein Antrag gestellt und damit keine Zahlung gewährt.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Derzeit befindet sich die Gemeinde in der haushaltslosen Zeit. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung. Die Ausgabe wird im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt. Allerdings ist

eine Auszahlung erst nach der rechtsaufsichtlichen Genehmigung möglich, da es sich um eine freiwillige Leistung handelt.

Diskussionsverlauf:

Der Kämmerer soll zu den Haushaltsberatungen vorlegen, welche Zuschüsse in 2023 gezahlt wurden.

Beschluss:

Herr Betz stellt den Antrag auf Zurückstellung, bis der Haushalt festgestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	4	9

Hinweis:

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einem Zuschuss für die laufenden Kosten für das Jahr 2023 in Höhe von 0,60 € pro Einwohner/in zu. Die Auszahlung erfolgt erst nach Feststellung des Haushalts.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	0	13

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einem Zuschuss für die laufenden Kosten für das Jahr 2023 in Höhe von 0,25 € pro Einwohner/in (Stichtag 30.06.2023 4.122 Einwohner*innen) zu. Die Auszahlung erfolgt erst nach Feststellung des Haushalts.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	12	1

12. Zuschussantrag Blasmusikorchester Schondorf

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 02.01.2024 wurde der Antrag auf monatlichen Zuschuss durch das Blasmusikorchester Schondorf gestellt.

Am 21.12.2022 beschloss der Gemeinderat eine Unterstützung von monatlich € 180,- für die Jahre 2022 und 2023.

Hinsichtlich der gewünschten öffentlichen Auftritte sind der Auftritt beim Bayerischer-Italienischen Fest, beim Christkindlmarkt und dem St. Anna-Fest zu erwähnen.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Derzeit befindet sich die Gemeinde in der haushaltslosen Zeit. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung. Die Ausgabe wird im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt. Allerdings ist eine Auszahlung erst nach der rechtsaufsichtlichen Genehmigung möglich, da es sich um eine freiwillige Leistung handelt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dem Blasmusikorchester Schondorf einen monatlichen Zuschuss in Höhe von € 180,- für die Jahre 2024 und 2025 zu gewähren und würde sich im Gegenzug über mehrere öffentliche Auftritte im Jahr freuen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	12	1

13. Bericht über den Sitzungsvollzug der vorletzten und letzten Gemeinderatssitzungen, öffentlicher Teil
Sachverhalt:

6.12.23

- Winterdienst - Vorschlag Fr. Wagenknecht hinsichtlich weiterer Personen/Dienstleister, die Winterdienst machen könnten – Liste liegt vor – der Räum- und Streuplan wird überarbeitet
- Neubesetzung Beauftragter für Menschen mit Behinderung – Behandlung in der kommenden Sitzung
- Bauanträge sind ans LRA gegangen; bzw. Antragsteller wurden informiert
- Städtebauförderung Information zur Bedarfsmitteilung 2024 – Sitzungsauszug ging an Fr. Wenzel – Klausur ist am Samstag 27.01.2024
- Örtliche Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung Angebotseinholung läuft über Fr. Urbanek
- Zukünftiger Umgang mit Entwässerungsthematiken - wurde vertagt
- Abschluss Servicevertrag für die Wartung der Geräte der Atemschutzwerkstatt – alles erl.
- Auftragserweiterung Straßenreinigung – wurde durch techn. Bauamt vergeben
- Marktplatzverteiler Wochenmarkt – vertagt auf in 6 Monaten
- Dachrinnenreinigung – durch Most beauftragt und erledigt
- Pauschale Sportbetriebsförderung und Energiekostenzuschuss – Sitzungsauszug ging an Kasse
- Zuschussantrag Dorfhelfer*innen KDBH – Schreiben und Kasse erl.
- Zuschussantrag Jugendreferentenstelle evang. Gemeinde Ammersee West 2023 – Schreiben und Kasse erl.
- Änderung Parkplatzbeschilderung Friedhof St. Anna – Parkraumbewirtschaftung – Info von Frau Wagenknecht wurde weitergeleitet
- Aufstellung Kajakomat - Info ging an Antragsteller

- Untersuchungsumgriff Vorbereitende Untersuchung – Fr. Wenzel ist informiert

20.12.2023

- GR-Nachrücker Tobias Widemann – Änderungen im KiC sind erfolgt
- Antrag auf Nutzungsänderung Bahnhofstraße 16 – ging an LRA
- Honorarkosten LV für Rahmenvertrag Verkehrsanlagen – ging an techn. BA
- Antrag kath. Pfarreiengemeinschaft – Pfarramt wurde informiert
- Bitte von Fr. Königl hinsichtlich Veranstaltungskalender - Abfrage wurde erstellt
- Dringliche Löcher wurden durch den Bauhof wurden mit Kaltasphalt geflickt
- Parksituation Bergstraße – Ordnungsamt ist informiert

14. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sachverhalt:

Fr. Wagenknecht – Nachfrage bzgl. der laufenden Bebauungspläne. Der Planungsverband soll darauf hingewiesen werden, dass eine zügige Bearbeitung gewünscht ist. Der Gemeinderat erhält eine Auflistung der derzeit beim Planungsverband in Bearbeitung befindlichen Bebauungspläne. Außerdem sollte eine Liste möglicher anderer Architekten für eine Beauftragung aufgestellt werden.

Das am 11.1.24 stattgefundene Kinderkino im Dorfhaus ist sehr gut angenommen worden. Das Dorfhaus ist insgesamt gut belegt.

Hr. Widemann berichtet, dass die Ringstraße vermehrt durch Fahrzeuge von oben her, befahren wird. Gibt es die Möglichkeit, wieder einen Poller aufzustellen. Am Tunnelende/Ringstraße besteht ein hohes Gefahrenpotential.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Schondorf am Ammersee

Vorsitzender

Martin Wagner
2. Bürgermeister

Beate Strohmeier
Schriftführerin